

---

## Entstehung des österreichischen Verbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Ein neues Bild für jeden, der unseren Großstädten naht: wo ehemals kahle Feuermauern kahles Baugelände vorgelagert war, sieht man heute Garten und Gärtchen, Hütten und Hüttchen sowie planmäßige Gartensiedlungen; zwischen ihnen froh arbeitende Menschen. Wie kam das?

Schon vor dem Weltkrieg hat man in Österreich, deutsches Beispiel nachahmend, bald hier, bald dort kleine Gärten und Gartenhäuschen angelegt, um nach des Tages Unrast eine stille Zuflucht in freier Natur zu finden. All diese Anlagen sind mit Schrebers Namen verbunden, der, vor mehr als zwei Menschenaltern in Sachsen um ein Volksideal sich mühend, jung und alt aus den Städten herausholen wollte. Unsere ersten „Schrebergärtner“ galten als Sonderlinge, die unter Viole und Spinat ihren Eigenbröteleien nachgingen. Und doch waren sie der Ausdruck einer mächtigen Bewegung grundsätzlicher Natur, die sich wie alle großen Bewegungen von mehr als einer Seite her durchsetzt. Heute, da wir mittendrin stehen, Umfang und Bedeutung jenes dumpfen Drängens nach Licht und Luft als einen Teil der Umwälzung begreifen, welche das Ende jener Sklaverei bringt, die vor allem in der Trostlosigkeit der Riesenstädte sich voll entfaltete, vergessen wir allzu leicht jener stilleren Anfänge und gedenken zu wenig jener Menschen, die, ihre Sonderpfade gehend, den Massen der Unterdrückten wertvolle Dienste geleistet haben.

Was aus Sehnsucht nach einem Idyll geschieht, aus Sehnsucht nach einer neuen Lebensgestaltung, bleibt allzu schwach, wenn nicht härtere Kräfte ihre geschichtlichen Wirkungen entfalten. Einzelne mögen glückhafte Inseln im Toben einer wüsten Welt verwirklichen können, aber allgemeinere Wandlungen bedürfen breiter Grundlagen. Kriegsnot, der gemeine Hunger hat Massen der Arbeiter und Angestellten ins Spekulationsgelände gepreßt! Mit aufopfernder Arbeit galt es dem unwilligen Boden einiges Gemüse für den schmalen Haushalt abzulocken. Hoffnung auf Sieg, Angst vor Niederlage ließ eine Gesamtstimmung entstehen, die zeitweilig gewisse Privatinteressen mißachtete. Mochten Getreidelieferanten, Munitionserzeuger, Kanonengießerei Riesengewinne einstreichen, es schien dem Ganzen dienlich; aber daß Spekulanten Boden brachliegen lassen durften, weil einmal damit Geschäfte zu machen seien, das wurde nicht mehr anerkannt, solange der Druck des Krieges stark war. So kam es, daß auf brachliegendem Land, auf Bauplätzen, aber auch auf anderem landwirtschaftlich ungenügend genutzten Boden mit und ohne Zustimmung der Eigentümer Kriegsgemüsegärten entstanden. Gesetzliche Be-

stimmungen sorgten dafür, daß zugunsten des Kriegsgemüsebaues Boden an Bedürftige zur Nutzung überwiesen werden durfte.

Dem Jammer des Krieges folgte der Jammer der Sanierung. In den Siegesländern gab es Krise auf Krise. „Die Valuta war zu gut.“ Massenarbeitslosigkeit zermürbte die englischen Gewerkschaften. In den unterlegenen Staaten dagegen roboteten Arbeiter und Angestellte um Kulilöhne, den Arbeitsgefährten in den Siegerländern gefährliche „Schmutzkonkurrenten“. Nun kam die Sanierung Österreichs. Kapitalistische Ordnung duldet keine gleichmäßige Verteilung aller Lasten auf Geldleute und Arbeiter. Ausländische und inländische Geldgeber müssen hier soviel verdienen können wie irgendwo, sonst lassen sie nicht für sich fronden. Daß sie von einem armen Lande noch überdies eine Risikoprämie fordern, ist selbstverständlich. Je ärmer einer ist, um so teurer lebt er. Die Last der staatsfinanziellen Sanierung und der Sanierung unserer Volkswirtschaft wurde von den Regierenden möglichst auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten gewälzt. Massenentlassungen von Bundesbeamten schuf der gesamten Angestelltenschaft eine von den Unternehmern nur begrüßte Konkurrenz, Verbesserung der Valuta brachte Arbeitslosigkeit großen Stils.

Aus dem Jammer des Krieges und der Sanierung erwuchs Kraft. Not ist bitter, ob sie nun so oder so begründet wird. Darbende sind wirtschaftswissenschaftlichen Erwägungen über Unausweichlichkeit irgendwelcher Erscheinungen wenig zugänglich. So kam es denn, daß Holzmangel Frierende antrieb, Hänge des Wienerwaldes zu verwüsten. Die ersten Scharen der Holzsucher hieben Bäume dort ab, wo es am leichtesten war, ein gut Stück über dem Boden. Die zweite Kolonne ging bis zu den Stümpfen herunter, dann mußten neue Opfer gesucht werden. Öde Ruinen herrlicher Wälder blieben zurück. Nun kamen die Kleingärtner. Jene gequälten Massen, die aus bitterer Not heraus Holz geerntet hatten — es war auch manch unerfreuliches Geschäft habgieriger Holzhändler mit unterlaufen — waren während des Krieges und nach dem Umsturz, ohne es zu wollen, die Pioniere der Kleingärtner geworden, die nun unter unsäglichen Mühen — man denke an die Kolonien auf dem Wolfersberg bei Hütteldorf — Wurzelstöcke auf mannigfache Weise entfernten, um ihre kleinen Gärten anzulegen. So griff alles ineinander.

Noch eines sei erwähnt. Der gewaltige Beamtenabbau legte die gärtnerische Betätigung der Abgebauten nahe. Beamtenkreise, die früher dem Kleingartenwesen fremd gegenüberstanden, wurden darauf aufmerksam, und wenn auch nicht allzu viele sich der Bodenbearbeitung widmeten, so wirkte doch schon der Ruf nach Unterbringung von früheren Beamten in den Gärten sehr stark propagandistisch, machte die Bewegung vor allem auch dort annehmbar, wo man sich wenig für die Not der arbeitenden Massen, aber sehr intensiv für die Not des Mittelstandes interessiert, der durch seine Traditionen und Neigungen eng mit den Besitzenden verbunden erscheint.

Kriegsjahre hatten alte Überlieferungen auf mehr als einem Gebiet erschüttert, Familien getrennt, plötzliche Neuerungen jedem mundgerecht gemacht. Wenn militärische Ziele es erforderten, gab es keine Schranken. Begreiflich, daß solche Stimmung auch nach dem Zusammenbruch lebendig blieb, als eine Zeitlang nicht nur Beseitigung einer Jahrhunderte alten

Herrschaftsordnung, sondern auch Aufrichtung einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nahe schien. Umfassende Pläne tauchten auf, daneben konnte sich romantische Sehnsucht frei bewegen, konnte Not ernstlich versuchen, Tagesforderungen durchzusetzen. Alle Autorität war erschüttert, wer über Machtmittel wirklich verfüge, war lange Zeit zweifelhaft. So konnte viel Neues versucht werden, von dem aber nur einiges sich haltbar erwies, als die Mächte der kapitalistischen Demokratie, dem Unternehmertum und Bankentum möglichst große Verfügungsgewalt über die Produktion und Verteilung einräumten. Rechte der Betriebsräte, eng genug begrenzt, konnten bestehen bleiben, einzelne gemeinwirtschaftliche Anstalten dauern fort als Positionen, die sich im kapitalistischen Getriebe die Arbeiterschaft gesichert hat, vor allem aber sind Gemeindeverwaltungen in die Hände der Arbeiter- und Angestelltenschaft gekommen; wenigstens gewisse lokale Maßnahmen werden, soweit dies eben möglich ist, dem erbarmungslosen Getriebe der Marktmaschine entfremdet. Zu den lebendigen Schöblingen dieser Umsturzzeit zählt unsere Kleingarten- und Siedlungsbewegung, die sich stark genug erwiesen hat, auch die Zeit der Reaktion zu ertragen und sich einen immerhin beachtenswerten Wirtschaftskörper zu schaffen, der größerer Ausgestaltung fähig ist. Seine Bedeutung darf freilich nicht überschätzt werden gegenüber den Riesengebilden, welche die kapitalistische Wirtschaftsordnung täglich neu gebiert. }

Zunächst schien es, als werde die Kleingartenbewegung um Wien und andere Städte Zigeunerlager anlegen. Die Kleingärtner, einmal ins Freie gelockt, bauten Hütten und Lauben nur für die Unterbringung von Werkzeugen, gelegentlich auch als Wetterschutz. Bald aber wurde für Übernachtung alles vorbereitet. Angst vor Dieben machte sich geltend sowie das Bemühen, morgens Arbeit im Garten zu leisten. Sommeraufenthalt der Kleingärtner und ihrer Familien in den Kleingärten war nichts Ungewöhnliches mehr. Die unerhörte Wohnungsnot ließ nicht wenige den Versuch wagen, Sommer und Winter draußen zu wohnen. Mancher gesundheitliche Erfolg, den insbesondere Lungenkranke verspürten, reizte zur Nachahmung. Diese Dauerwohnungen waren freilich meist sehr unzulänglich. Man kannte derlei in Wien schon aus früherer Zeit, da im „Bretteldorf“ an der Wagramerstraße und auf dem „Bruckhausen“ sich Wohnungsbedürftige ohne Rücksicht auf baupolizeiliche Vorschriften innerhalb des Hafengebietes angesiedelt hatten.

Was in einem Zeitalter individualistischer Zersplitterung möglich war, konnte ein Zeitalter der Großorganisation nicht ertragen. Von mehr als einer Seite her wurde die planmäßige Gestaltung des gesamten Kleingarten- und Siedlungswesens in die Wege geleitet. Die Gemeinde Wien konnte nicht dulden, daß ihr in vielfacher Hinsicht vorbildlicher Stadterweiterungsplan einfach durchbrochen werde, aber auch die Kleingärtner und Siedler selbst sahen sich als Vereinzelte gefährdet! Tagesnotdurft hatte die Kleingärtner gezwungen, sich zu Vereinen zusammenzuschließen; kam der Drang, gemeinsam zu bauen, so wurde die straffere Organisationsform der Genossenschaft gewählt. Während die früheren Baugenossenschaften hauptsächlich der Geldbeschaffung dienten, war nunmehr die gemeinsame Arbeit, die gemeinsame Verwaltung Grundlage der Siedlungsgenossenschaften. Damit war es aber nicht genug. Versorgung der Kleingärtner und Siedler mit

Material aller Art, Vertretung gemeinsamer Interessen drängte dazu, Verbände zu schaffen, die sich schließlich im Jahre 1921 zum Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen zusammenschlossen, der seitdem sämtliche Aufgaben einer Spitzenorganisation erfüllt, nicht nur Kleingartenvereine und Siedlungsgenossenschaften, sondern auch alle anderen Organisationen aufnimmt, die dem gemeinnützigen Wohnungsbau dienen. Mit seiner Entstehung wollen wir uns kurz beschäftigen.

Schon im Jahre 1910 war die Vereinigung „Schrebergarten für Wien und Umgebung“ unter dem Vorsitz Straußghittels gegründet worden, welche eigentlich den ersten Kern für die heute so mächtige Verbandsorganisation bildete. 36 Mitglieder waren es, die sich im Anfang zusammenfanden, um im Gebiet des „Rosental“ Kleingärten anzulegen. Am Ende des Jahres waren es 240. Nun fanden sich neue Gruppen, und im Frühjahr 1915 traten Kleingärtner bei dem verdienstvollen Obmann Sekirnjak der Gartenfreunde (Kolonie der Jubiläumshäuser) zusammen, um die Frage der Verbandsgründung zu behandeln. Das Referat erstattete der jetzige Stadtrat Siegel, welcher 1919 Verbandsobmann war. Dieser erste Ansatz, den Verband ins Leben zu rufen, hatte zunächst infolge des Weltkrieges keine weiteren Folgen. Doch wurde 1915 der Gedanke der Verbandsgründung neu aufgenommen und für den Verein „Schrebergärten“ als Mittelpunkt dieser Bewegung eine eigene Zeitschrift, „Mitteilungen“, ins Leben gerufen, die vom Obmannstellvertreter August Kühnel redigiert wurde. Die erste Nummer erschien lithographiert am 15. Jänner 1915. Rosenthal und Mariabrunn standen an der Spitze der nun einsetzenden Bewegung für den Verband, die nicht mehr zur Ruhe kommen sollte. Am 5. August 1916 wurden Nikolaus und Knotzer mit der Leitung des neuen Verbandes betraut, der den Namen „Verband der Schrebergärtenvereine aller im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ führte. In den vom Ministerium des Innern genehmigten Satzungen wurde als Zweck des Verbandes erklärt:

1. Pacht beziehungsweise Erwerbung von Ländereien zum Zwecke der Ansiedlung nach bewährtem Muster der Schrebergartensiedlungen.

2. Errichtung von Unterrichtskursen über Landwirtschaft, Gartenbau, Gemüse- und Obstzucht, Koch- und Einsiedkursen, Kleintierzucht und dergleichen.

3. Errichtung von Erholungsstätten für Kinder und Pflege des Kinderspiels.

4. Abhaltung von Vorträgen über innere Siedlungen, Gartenstädte, landwirtschaftliche Ansiedlungen und Pflege des Schönen im Gartenbau.

5. Pflege der Statistik auf allen die Ansiedler interessierenden Gebieten.

6. Herausgabe einer Zeitschrift.

Zunächst traten 13 Vereine mit 2000 Mitgliedern dem Verband bei. Von Oktober 1916 an erschienen die „Mitteilungen des Vereines Schrebergärten“ als „Der Gartenfreund. Mitteilungen des Verbandes der Schrebergärtenvereine“. Im ersten Vorstand waren die Vereine: Ameisbach, Rosental, Favoriten, Neubrasilien, Marienkolonie, Mariabrunn, Kreuzbau, Wohnungsgenossenschaft Jubiläumshäuser, Altmannsdorf und Alszeile vertreten. Die Verbandsorganisation war zunächst eine mehr lockere. Austritte und Neu-

Eintritte einzelner Gruppen während des Jahres waren nichts Seltenes. 1917 scheinen vor allem folgende Vereine sich am regsten an der Verbandstätigkeit beteiligt zu haben: Schrebergarten für Wien und Umgebung mit den Kolonien Rosental und Mariabrunn, Am Ameisbach, Gartenfreunde der Jubiläumshäuser, Favoriten, Altmannsdorf, Kreuzbau, Marienkolonie, Alsegg, Neubrasilien, Heimgarten, Naturheilverein, Arbeiterschrebergärten Favoriten, Kaisermühlen, Kulturfreunde, Ober-St. Veiter Familiengärten, Hauptwerkstätte Straßenbahnerkolonie, Alte Donau, Selbsthilfe, Schrebergärten-Verbandskolonie in Eßling, in Rotneusiedl, an der Weideckerstraße, an der Steinhofstraße, am Schafberg im 18. Bezirk.

Der Verband rief zur Förderung der Siedlungsbewegung als Zentralorganisation die Genossenschaft „Gartensiedlung“ im März 1919 ins Leben, welche im weiteren Verlauf eine ganze Reihe von Ortsgruppen gründete. Zum Obmann wurde Alois Zipfinger gewählt. Eine Reihe von Umständen haben aber den großzügigen Gedanken einer von vornherein zentralen Anlage des Siedlungswesens nicht zur Verwirklichung gelangen lassen. Nicht zuletzt hängt es damit zusammen, daß die große Initiative, welche insbesondere zu Beginn von Siedlern verlangt wird, sich nur in lokalen Gruppen voll auswirken kann. Es scheint daher auch gesellschaftstechnisch durchaus verständlich, daß die Organisation der Siedler, von der autonomen Gruppe ausgehend, erst schrittweise zu einer umfassenden Zentrale führt. Gemeinsame Wirtschaftseinrichtungen wie die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt und eine gemeinsame Interessenvertretung scheinen die wirksamste Vorbereitung für eine kommende, planmäßig arbeitende Siedlervereinigung zu sein. Im weiteren Verlauf wurde die Gartensiedlung zu einer Siedlungsgenossenschaft neben anderen, die aber auf Grund der alten Traditionen bei einigen Vereinen besonders stark Wurzel faßte.

Neben der „Gartensiedlung“ war es die „Wirtschaftssektion“ des Verbandes, welche gemeinsame wirtschaftliche Interessen der Kleingärtner und Siedler innerhalb des Verbandes zu pflegen bemüht war. Im weiteren Verlauf erwies sich aber der Verband als finanziell zu schwach, um jene große Wirtschaftszentrale zu schaffen, die unerlässlich ist. Die Gemeinde Wien und die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt haben diese Aufgaben übernommen. Der spätere Österreichische Verband hat die Wirtschaftssektion vertrauensvoll an die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt und später an die Kleingartenstelle der Stadt Wien, Ges. m. b. H., übergeben, an deren Verwaltung Vorstandsmitglieder des Verbandes mitwirken. Die „Kredit- und Wirtschaftsgenossenschaft“, welche ursprünglich als Verbandszentrale gedacht war, steht heute mit dem Verband in gar keiner Verbindung mehr, engeren Kontakt unterhält sie mit der „Gartensiedlung“, der sie Geldmittel und Material beistellt.

Die so wertvollen Anregungen, welche von der kleinen Schar mutiger Männer ausgingen, die den ersten Verband ins Leben riefen, haben letzten Endes gute Früchte getragen. Am 16. November 1919 konnte der Schrebergartenverband bereits die erste allgemeine Kleingärtnertagung in der Volkshalle des Wiener Rathauses eröffnen, in der Obmannstellvertreter Zipfinger, der später Obmann des Verbandes wurde, vor einer großen

Versammlung die Ziele und Aufgaben der Bewegung schilderte, um schließlich über eine Resolution mit folgendem Wortlaut abstimmen zu lassen:

„1. Die Gemeinde Wien, und soweit die nähere Umgebung Wiens in Betracht kommt, die Landes- und Staatsregierung, wird aufgefordert, jene Teile des unverbauten Wiens und Umgebung zu bezeichnen, die ständig den Charakter von Kleingärtnersiedlungen haben sollen.

2. Das für die Bedürfnisse der Kriegszeit zugeschnittene Pachtchutzgesetz vom Februar 1919 wäre im Gesetzesweg derart anzubauen, daß eine Unkündbarkeit der Pachtverträge jener kleinen Gartengründe, die nicht für öffentliche Verbauung beansprucht werden, für die Dauer von 15 Jahren und mehr festgesetzt wird.

3. Die Gemeinde Wien stellt den derart seßhaft gemachten Kleingärtnern im Wege ihrer Vereinsleitungen und Organisationen Bauholz und Baumaterial (Zement, Kalk, Sand etc.) entgeltlich so zur Verfügung, daß der Gegenwert in jährlichen Rückzahlungen durch die Vereine an die Gemeinde erfolgen kann.

4. Die feuer- und baupolizeilichen Bestimmungen wären in einer den Bedürfnissen der Kleingärtner entsprechenden Weise abzuändern, so daß es den Kleingärtnern ermöglicht ist, unter der Kontrolle der Behörde auf den gepachteten Grundstücken kleine Wohnhäuser zu errichten und auch zu bewohnen.

5. Die Gemeinde Wien, die Landes- und Staatsregierung werden dringend gebeten, sämtliche in ihrem Besitz befindlichen unverbauten Gründe in Wien und der näheren Umgebung, sofern dieselben nicht für öffentliche gemeinnützige Verbauung bestimmt sind, einer zu schaffenden Zentralstelle, bestehend aus Vertretern aller einschlägigen Organisationen, zu überweisen, zu dem Zweck, dieselben im gesetzlichen Erbpachtweg an Kleingärtner aufzuteilen.

6. Die von der Gemeinde Wien eingesetzte Fünfzehnerkommission zur Beratung der landwirtschaftlichen Frage entspricht einem lang gehegten Wunsch der Kleingärtner Wiens. Die Vorbedingung für ein gedeihliches Wirken derselben erblickt der Kleingärtnertag in der Beziehung ständiger Experten aus den Reihen der Kleingärtnerorganisationen. Ein weiteres Mittel zur Förderung der gemeinnützigen Bestrebungen der Nahrungsmittel produzierenden Kleingärtner sieht die Versammlung in der weitestgehenden Ausgestaltung des städtischen Landwirtschaftsamtes.

7. Der Kleingärtnertag fordert die Ausgestaltung des Enteignungsgesetzes in der Weise, daß alle Grundflächen, die derzeit nicht benützt werden, öffentlichen Zwecken nicht dienstbar gemacht sind, im aller kürzesten Wege in den Gemeindebesitz übernommen und der volkstümlichen Verwertung und Ausnützung im Sinne der Kleingärtnerei zugeführt werden.“

Diese Resolution umfaßt eine Reihe der Forderungen, welche auch heute noch, ausgebaut und durch neue Ziele ergänzt, von der Kleingärtner- und Siedlerschaft vertreten werden. Inspektor Siller vom städtischen Landwirtschaftsamt, der spätere Leiter der amtlichen Kleingartenstelle, konnte darauf hinweisen, daß auf Grund der Erhebungen es 40.000 Kleingärtner um Wien gebe; während im Jahre 1918 noch über 1000

Waggon Gartenprodukte eingeführt werden mußten, sei eine solche Einfuhr im Jahre 1919 infolge der Kleingärtnerarbeit überflüssig geworden. Inspektor Siller brachte die Zusage der Gemeinde Wien, den Kleingärtnern Boden zur Verfügung zu stellen. Auf dieser Tagung sprach auch Schulz von der „Freien Vereinigung der Schrebergärtner“, die kurze Zeit auch eine Zeitung herausgegeben hat. Da diese Vereinigung sich nicht darauf beschränkte, ausschließlich die Wirtschaftsinteressen der Kleingärtner aller Richtungen zu vertreten, sondern parteipolitische Gesichtspunkte wirksam werden ließ, hat sie sich nicht lange halten können. Auch Schulz forderte Pachtbegünstigungen aller Art. Es muß als eine Wirkung der organisierten Bewegung bezeichnet werden, daß im Staatsamt für Volksernährung eine Zeitlang eine Schrebergartenstelle im Rahmen der landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle bestanden hat. Im Jahre 1919 fand die erste Kleingartenausstellung statt, die bereits sehr sehenswerte Ergebnisse lieferte; in den nächsten Jahren wurde diese sehr populäre Ausstellung weiter ausgestaltet, wobei neben der städtischen Kleingartenstelle der Verband die Hauptorganisationsarbeit leistete.

Neben der Zeitschrift gab der Verband 1919 ein „Jahrbuch für Schrebergärtner“ heraus. Die starke Ausbreitung der Bewegung nötigte den Verband zu einer Ausgestaltung seiner Organisation. Er änderte seinen Namen in „Zentralverband der Kleingärtner- und Siedlungsgenossenschaften“ um und bestrebte sich, die verschiedenen nebeneinander herlaufenden Bemühungen, neue Organisationen zu gründen, einheitlich zusammenzufassen. Starke Kleingärtnervereine, wie der von Altmannsdorf-Hetzendorf, der zur Siedlung übergang, drohten die noch unentwickelte Verbandsorganisation zu sprengen, wenn nicht ein größerer Spitzenverband mit noch umfassenderen Zielen gegründet würde. Der geschäftsführende Obmann B a i e r machte mehrfach den Versuch, zusammen mit dem Obmann Z i p f i n g e r diese erweiterte Verbandstätigkeit innerhalb des alten Rahmens zu ermöglichen. Dies war aber nicht durchführbar, es mußte zu einer wesentlichen Vergrößerung der Gesamtorganisation geschritten werden.

Als Einleitung dieser Maßnahme wurde Adolf Müller, der Obmann von Altmannsdorf-Hetzendorf und Obmannstellvertreter des Hauptverbandes für Siedlungswesen, zum geschäftsführenden Obmann des Zentralverbandes der Kleingärtner- und Siedlungsgenossenschaften und zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gartensiedlung gewählt.

Als Obmann einer sehr erfolgreichen Siedlungsgenossenschaft, die zwei Gartenstädte in Angriff nahm, hat er von vornherein im Sinne freigewerkschaftlicher Organisationsarbeit die Schaffung einer alle Kleingärtner und Siedler umfassenden Zentralstelle im Sinne der beiden von ihm vertretenen Organisationen in Angriff genommen. Der gelegentlich von Übelwollenden in den Vordergrund gerückte Gegensatz von Siedlern und Kleingärtnern sollte nun endgültig überbrückt werden. Dies Unternehmen muß als restlos gelungen bezeichnet werden. Die von verschiedenen Seiten begonnene Organisation der Siedler und Kleingärtner wurde nun einheitlich gestaltet und hat wohl für einige Zeit eine abschließende Form gefunden, welche geeignet erscheint, als Teil noch größerer Verbandsbildungen fernerhin eine gedeihliche Wirkung auszuüben.

Der eben erwähnte Hauptverband war eine junge Gründung, an der auch das seit dem Jahre 1920 unter Leitung Dr. Johann Joachims stehende „Forschungsinstitut für Gemeinwirtschaft“ mitwirkte. So wie das Forschungsinstitut den Bauarbeitern beratend zur Seite stand, als sie die gemeinnützige Baugesellschaft „Grundstein“ gründeten, beteiligte es sich an der Gründung des Hauptverbandes für Siedlungswesen. Zum ersten Obmann des Hauptverbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen wurde Karl Janotta gewählt; Adolf Müller war zunächst Schriftführer, dann stellvertretender Obmann des Hauptverbandes. An der Gründung und Entwicklung des Hauptverbandes für Siedlungswesen war Dr. Hans Kampffmeyer beteiligt, der über Einladung des Forschungsinstituts für Gemeinwirtschaft Vorträge in Wien gehalten hatte, die den Anlaß gaben, daß dieser bekannte Vertreter der Gartenstadtidee dauernd für Österreich gewonnen wurde. Eine Organisation geistiger Arbeiter hatte den ersten Anstoß dazu gegeben, den Hauptverband ins Leben zu rufen, welche nicht nur Siedlungsgenossenschaften und Kleingartenvereine, sondern auch sonstige Vereine und Verbände umfaßte, welche sich für das Siedlungswesen interessierten. Dieser glückliche propagandistische Gedanke hat sich bewährt und zeigt noch heute seine organisatorischen Auswirkungen.

Eine Zeitlang gehörte auch der Reichsverband der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaften dem Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen an, dessen Obmann Fickert Vorsitzender des Finanzausschusses des Hauptverbandes war. Der Reichsverband schied aber bald aus, weil er, der sich große Verdienste um die Baugenossenschaften erworben hat, die neuen Wege, die der Siedlungsverband einschlug, nicht billigte, sondern an den überkommenen Grundsätzen einer vergangenen Periode festhalten wollte. Der Hauptverband für Siedlungswesen ebenso wie der spätere Österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen haben von Anfang an grundsätzlich mehrere Bau- und Siedlungsformen nebeneinander anerkannt, wenn fallweise eine Überprüfung der jeweiligen Bauform stattfindet. Insbesondere hat der Österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen immer das Einküchenhaus als die technisch fortgeschrittenste Form des Hochhauses begünstigt, gleichzeitig aber auch darauf hingewiesen, daß technische Gemeinsamkeit von Menschen seelische Gemeinsamkeit voraussetzt, wie sie heute nur in Arbeitsgenossenschaften nach jahrelangem Zusammenleben erreicht wird. Es ist kein sehr aussichtsreiches Beginnen, zusammengewürfelte Einzelfamilien in einem Hause zu vereinigen und nun zu erwarten, daß sie einen guten Verwaltungskörper abgeben werden. Die Einküchenhäuser entbehren allzu leicht wahrer Selbstverwaltung und werden nicht selten zu einer Art kleinbürgerlicher Großpension. Als Ledigenheime sind sie der Gefahr ausgesetzt, daß die jüngeren Männer zum Teil wegheiraten, so daß allmählich Greisenasyle entstehen, deren Selbstverwaltung manches zu wünschen übrigläßt. Bisher stehen die Arbeiter dem Einküchenhaus zögernd gegenüber, nicht zuletzt auch deshalb, weil eine durch Einkommenschwankungen notwendig werdende Anpassung der Lebensweise durch Gleichbleiben der Generalregien (Warm-luftheizung usw.) im Einküchenhaus unmöglich ist. Soll das Einküchen-



haus für breite Massen erstrebenswert werden, dann ist neben Stabilisierung der Einkommen wohl die Arbeitsgenossenschaft als Durchgangsorganisation Voraussetzung. Es ist kein Zufall, daß gerade die Siedlungen ganz von selbst zur Schaffung von Zentralwirtschaften neigen, Genossenschaftshäuser errichten, deren Küchen immer mehr Siedler verpflegen dürften, abgesehen von den gemeinsamen Wascheinrichtungen, Kindergärten und ähnlichen Maßnahmen. Wo es aber möglich ist, sollte man Hochhäuser durch entsprechende genossenschaftliche Vorbereitung als Einküchenhäuser errichten. Im übrigen aber glaubt die Siedlerschaft, daß in absehbarer Zeit es der Wille der breiten Massen und daher auch der Wille der ausführenden gesellschaftlichen Organe sein werde, Neubauten in immer größerem Umfang in Form von Siedlungen zu errichten, deren Träger Genossenschaften zu sein hätten. Der Hochbau kommt dieser Anschauung nach nur dann in Frage, wenn ganz besondere lokale Umstände für ihn sprechen. Der Freiheitsdrang der Arbeiter- und Angestelltenschaft strebe aber offensichtlich den Siedlungen zu, wo eine einwandfreie Entwicklung der Kinder und ein glückliches Leben aller gesichert sei. Die Kleingärtner- und Siedlerschaft weiß, daß sich übergenug Anwärter finden würden, um in Siedlungsgenossenschaften mitzuarbeiten, wenn es auch gelte, zehntausend neue Wohnungen zu errichten. Für jene, die aus irgendwelchen Gründen Stadtwohnungen in Hochhäusern bevorzugen, würden auf diese Weise Unterkünfte frei. Außerdem haben Hauptverband und Österreichischer Verband den Reichsverband und die außerhalb desselben stehenden Baugenossenschaften immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß Staats- und Gemeindegzuschüsse in diesen krisenhaften Zeiten etwas Unsicheres seien, und es daher als bedenklich bezeichnet werden müßte, Großanlagen zu beginnen, die dreißig, fünfzig und mehr Wohnungen umfassen. Ein angefangener Bau von dreißig Wohnungen ist unbenützlich, wenn nicht alles fertig ist, dagegen kann eine Siedlung von dreißig Häusern beim zehnten Haus stecken bleiben, ohne deshalb unbewohnbar zu sein. Noch kleinere Einheiten gestatte der Kernhausbau, über den wir im folgenden auch berichten werden. Allen diesen Erwägungen gegenüber verhielt sich der Reichsverband ablehnend, wenn auch eine seiner Genossenschaften, „Mein Heim“, frühzeitig eine Siedlung anstrebte. Er wurde auch nicht durch den Hinweis darauf gewonnen, daß der Siedlungsbau die Anwendung sparsamer Bauweisen und viele andere Sparmaßnahmen ermögliche. Seine Vertreter haben bis zuletzt auch in öffentlichen Tagungen sich scharf ablehnend gegen die vom Verband gewählte Form der Siedlungsbewegung ausgesprochen. Hingegen hat eine ganze Reihe Baugenossenschaften sich dem Wandel der Zeiten angepaßt und neben ihren Großhausplänen den Bau von Siedlungen in Angriff genommen; sie traten zum Teil dem Hauptverband beziehungsweise dem Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen bei. Einzelne gehören sowohl dem Reichsverband als auch dem Österreichischen Verband an. Die Hauptstütze des Reichsverbandes ist die Südbahnerbaugenossenschaft, die, über ganz Österreich verbreitet, ihre Sonderziele verfolgt. Weil sie nirgends mit den Gemeinden in nähere Beziehungen treten kann, ist sie mehr als andere Genossenschaften auf den Bund angewiesen und hat mit dazu beigetragen, daß der Reichsverband für die allgemeine Bundeswohnzwecksteuer eintrat, womit er sich in Gegensatz zum Öster-

reichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen setzte. Dieser ging von der Erwägung aus, daß von agrarischen Gebieten keine Mittel für die wohnungsarmen Städte aufgebracht würden, wohl aber würden auch diese Gebiete auf die Verteilung der Gelder, die aus einer Bundeswohnzwecksteuer einfließen, entscheidenden Einfluß nehmen. Der Österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen stellte die naheliegende Forderung auf, die städtischen Massen in Wien, St. Pölten und anderen Gemeinden sollten über die Wohnzwecksteuer, die sie selbst zahlen, auch selbst verfügen. Daraus ergibt sich, daß der Verband immer für die Gemeindevohnzwecksteuer eingetreten ist. Auf die Dauer wird aber die Trennung in diese beiden Verbände wohl nicht aufrechterhalten bleiben können, zumal der Österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen als Nachfolger des Hauptverbandes auch reine Baugenossenschaften als Mitglieder aufnimmt, um den gesamten genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau zu vereinigen.

Der Hauptverband für Siedlungswesen hat eine ganze Reihe organisatorischer Maßnahmen angeregt und wichtige Vorarbeiten für die spätere Zusammenfassung der Kleingarten- und Siedlungsbewegung geleistet. Zusammen mit dem Forschungsinstitut für Gemeinwirtschaft hat der Hauptverband für Siedlungswesen, in dessen Leitung auch Dr. Hans Kampffmeyer eingetreten war, die Gründung einer „Gemeinnützigen Siedlungs- und Baustoffanstalt gemeinwirtschaftlichen Charakters“ in die Wege geleitet. Der ursprüngliche Gedanke war der, daß zunächst der Hauptverband für Siedlungswesen und die ihm nahestehenden Organisationen ein „Wirtschaftssyndikat“ bilden sollten, welches mit der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine zu einem Vorsyndikat zur Gründung der Siedlungs- und Baustoffanstalt zusammentreten sollte, dem später Gemeinden und Bund beizuzuziehen wären.

Am 19. März 1921 wurde das Wirtschaftssyndikat mit einem Kapital von drei Millionen Kronen gegründet. Nun folgten die weiteren Verhandlungen mit der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine, an denen sich Direktor Hermann Oppenheim vom Kreditinstitut für öffentliche Arbeiten und Unternehmungen beteiligte, der überhaupt der ganzen Siedlungsbewegung das größte Interesse entgegenbrachte und heute noch Vorsitzender des Überwachungsausschusses im Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen ist. Dem Wirtschaftssyndikat gehörten an: der Hauptverband für Siedlungswesen, der Bauarbeiterverband, der „Zentralverband der Kleingärtner- und Siedlungsgenossenschaft Österreichs“, welcher Mitglied des Hauptverbandes war. Auch Beitritt weiterer Genossenschaften war vorgesehen. Es kam auch zum Abschluß des Vertrages über das Vorsyndikat; doch verlangte kurz darauf die Großeinkaufsgesellschaft die Auflösung der Vereinbarung, was schließlich auch das Ende des Wirtschaftssyndikats bedeutete. Damit war aber diese Aktion nicht beendet, es gelang vielmehr durch das Eingreifen der Sozialisierungskommission und des Zentralverbandes für Gemeinwirtschaft und die Bemühungen des Dr. Ellenbogen und der Dr. Käthe Pick-Leichter die Vorarbeiten für die Schaffung der „Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt“ (Gesiba) zu verwerten, deren Kapital von 30 Millionen Kronen zu gleichen Teilen der Österreichische

Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen, die Gemeinde Wien und der Bund aufbrachten. Präsident wurde Dr. Julius Deutsch; Direktoren: Dr. Ing. Hermann Neubacher, Hofrat Ing. Max Setz, Direktorstellvertreter Julius Blum. Abgesehen von den genannten drei Trägern der Gemeinwirtschaftlichen Anstalt wurde auch dem Bauarbeiterverband von vornherein Sitz und Stimme in der Leitung der Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt („Gesiba“) eingeräumt. Die große Bedeutung dieses Unternehmens ist vor allem auch darin zu suchen, daß es durch Fürsorge für bestimmte organisierte Abnehmer in hohem Maße sich wahrhaft gemeinwirtschaftlich betätigen kann.

Der Konzentrationsprozeß auf dem Gebiet des Siedlungs- und Kleingartenwesens kam weiter darin zum Ausdruck, daß der Zentralverband der Kleingärtner- und Siedlungsgenossenschaften Österreichs mit dem Hauptverband für Siedlungswesen eine Vereinbarung dahingehend traf, daß in Hinkunft die bisher vom Zentralverband herausgegebene Zeitschrift „Der Gartenfreund“ nunmehr als „Der Siedler“, Zeitschrift für Kleingärtner, Siedler und Wohnungsreformer, von April 1921 an erscheinen sollte, herausgegeben im Auftrag des Hauptverbandes für Siedlungswesen und vom Forschungsinstitut für Gemeinwirtschaft. Er wurde im Jahre 1922 in „Siedler und Kleingärtner“, Zeitschrift für Kleingärtner, Siedler, Kleintierzüchter und Wohnungsreformer, umbenannt.

Am 3. April 1921 konnte bereits die Öffentlichkeit feststellen, welche neue Kraft die Siedlungs- und Kleingartenbewegung durch das Zusammen-treten so vieler Organisationen gewonnen hatte. Die hingebungsvolle Arbeit des Organisationsausschusses, an dessen Spitze Adolf Müller stand, ermöglichte eine der gewaltigsten Demonstrationen, die Wien seit einer Reihe von Jahren gesehen hatte. Mit Wagen, Automobilen und Musik rückten die Kleingärtner und Siedler an, die im Zuge charakteristische Tafeln mit ihren Forderungen trugen: „Was ihr der Siedlung gebt, erspart ihr an Arbeitslosenunterstützung.“ „Gebt uns Land, Holz und Stein, wir machen Brot daraus.“ In dem Zuge traten besonders hervor die Kriegsbeschädigten, die Siedlungsgenossenschaft Altmannsdorf-Hetzendorf und andere der großen Organisationen. Auch der Reichsverband für Siedlungen der öffentlichen Angestellten hatte sich mit einer stattlichen Zahl eingestellt, ebenso der Bund der Industrieangestellten: Kurz nach 9 Uhr war der große Rathausplatz vollkommen von Menschen bedeckt. Die Bedeutung, welche die Kleingarten- und Siedlungsbewegung bereits gewonnen hatte, kann daraus ermessen werden, daß Bürgermeister Reumann im Namen der Stadt Wien die erschienenen Massen begrüßte und ihnen die volle Unterstützung des Gemeinderates und der städtischen Ämter verhiess. In der damals beschlossenen Resolution wurden Wohn- und Wirtschaftssiedlungen gefordert, ein weitgehendes und rasches Enteignungsverfahren, Beistellung aller für Siedlungen notwendigen Baustoffe, Geräte, Maschinen und sonstiger Hilfsmittel, und wo es erforderlich ist, die energische Kontrolle ihrer Erzeugung; weiter die Beistellung ausreichender Geldmittel durch Bund, Länder und Gemeinden, die Errichtung einer Siedlungsbank und weitgehende Heranziehung der Kredit- und Geldinstitute für Siedlungszwecke. Für diese Forderungen traten Männer verschiedenster Richtung, unter anderen auch Peter Westen, ein, der im Einvernehmen mit dem

Hauptverband für Siedlungswesen ein Rahmenprogramm für die Siedlungsaktion ausarbeitete, das im großen und ganzen den obigen Forderungen entsprach. Alle diese Bestrebungen wurden wirklich energisch nur von der Gemeinde Wien dauernd gefördert, während, wie wir sehen werden, der Bund immer mehr von der Siedlungs- und Kleingartenbewegung abrückte.

Der Hauptverband für Siedlungswesen widmete sich aber nicht nur diesen großen Problemen, sondern nahm auch tatkräftig die Kleinarbeit auf dem Gebiet der Gartenkultur in Angriff. Er stellte Paul Vogt als Zentralgartenbauinspektor an, damit die Gartenwirtschaft planmäßig betrieben werde. Der Zentralverband der Kleingarten- und Siedlungsgenossenschaften hat diese Bestrebungen dadurch unterstützt, daß er die Mittel für die Errichtung eines Schulgartens zur Verfügung stellte. Außerdem wurde der Versuchsgarten des Herrn Groß dem „Hauptverband“ damals gewidmet. Der Hauptverband war anfangs dadurch gehemmt, daß nicht ausreichende Geldmittel zur Verfügung standen, von Monat zu Monat zeigten sich aber die Erfolge der Organisation. Die Siedlungs- und Kleingartenbewegung wurde immer populärer, nicht wenig trug dazu das von Hans Kampffmeyer entworfene Siedler- und Kleingärtnerzeichen (Richtscheit durchkreuzt von Spaten) bei, welches vom Architekten Loos in jene gedrungene Form gebracht wurde, die heute allen durch das Verbandsabzeichen bekannt ist.

Es bestanden nun zwei große Verbände nebeneinander, die im großen und ganzen dieselben Ziele verfolgten: der Zentralverband der Kleingärtner- und Siedlungsgenossenschaften, der in erster Reihe Kleingartenvereine, aber auch Siedler umfaßte — hat er doch, wie wir sahen, die Siedlungsgenossenschaft Gartensiedlung ins Leben gerufen — und der Hauptverband für Siedlungswesen, welcher neben Siedlungsgenossenschaften und Siedlungsfreunden auch Kleingartenvereine zu seinen Mitgliedern zählte, ja sogar den Zentralverband selbst. Es war daher naheliegend, daß die beiden Organisationen sich vereinigten und den Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen bildeten, der im September 1921 ins Leben gerufen wurde. Alles war darauf abgestellt, den Zusammenschluß zu erleichtern, indem alle Versammlungen, alle Ausschüsse und der Vorstand paritätisch eingerichtet wurden, um den Siedlern und Kleingärtnern unabhängig von ihrer Zahl eine gleich starke Vertretung zu sichern. Zunächst gab noch das Forschungsinstitut für Gemeinwirtschaft dem Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen wie früher dem Hauptverband Unterkunft in seiner Kanzlei, Herrngasse 23. Bald aber übersiedelte der neue Österreichische Verband in die Räume des früheren Zentralverbandes, Wien XV, Moeringgasse 7. Anfangs blieb der Österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen mit der Gartensiedlung und der Kredit- und Wirtschaftsgenossenschaft durch Personal- und Bürounion vereinigt, die erst im weiteren Verlauf aufgehoben wurde.

Die Vereinigung der beiden Verbände zum Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen, mit dessen Leitung als geschäftsführender Obmann Adolf Müller betraut wurde, dem zunächst Zipfinger, Janotta, Kampffmeyer, später Szabo, Morawitz und andere als Obmannstellvertreter zur Seite standen, erwies sich als eine glückliche organisatorische Maßnahme. Diese Spitzenorganisation

der Kleingärtner und Siedler umfaßt gegen 30.000 Einzelpersonen, die sich auf mehr als 250 angeschlossene Vereine und Genossenschaften verteilen. Sie ist damit eine der größten wirtschaftlichen Interessenvertretungen auf freigewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Grundlage. Als einzige Vertretung der Kleingärtner und Siedler ganz Österreichs, deren lokale Sonderwünsche in den Landesorganisationen zum Ausdruck kommen, sichert sie ein wirklich solidarisches Vorgehen aller angeschlossenen Vereine und Genossenschaften, die sich immer häufiger auch in Fragen der inneren Verwaltung an den Verband um Hilfe wenden, der überdies nicht selten als Schiedsrichter herangezogen wird. Der Verband wahrt aber nicht nur die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Gesamtheit, Behörden und Einzelpersonen, sondern er ist auch bemüht, die wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse seiner Mitglieder unmittelbar zu befriedigen: durch Organisation der Warenbeschaffung, Anfertigung von Plänen und Entwürfen, durch Unterricht und Belehrung wie durch Beschaffung finanzieller Hilfe.